

20. Dezember 2014 00:34 Uhr

ORTSENTWICKLUNG

Die Zukunft von Aystettens Herz ist unklar

Wie soll das Grundstück der ehemaligen Metzgerei Rössle verwendet werden? Darüber herrscht im Gemeinderat Uneinigkeit. Ein Investor hat jedoch genaue Pläne dafür *Von Petra Krauß-stelzer*

Gefällt mir **Tellen** 0

Twittern 0

g+1 3

i



Wie geht es weiter mit dem Gelände der mittlerweile insolventen Metzgerei Rössle? Darüber diskutierten die Mitglieder des Aystetter Gemeinderates. Ein abschließendes Votum ist auf Januar verschoben worden.

Foto: Marcus Merk

Das Rössle-Grundstück in Aystettens Ortsmitte steht im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion in Aystetten. Kaum dass bekannt wurde, dass das seit rund drei Jahren wegen Insolvenz der Metzgerei Rössle leer stehende Gebäude an die Puschak Immobilien- und Bauträger KG verkauft wurde, lag dem Gemeinderat schon ein Bauantrag des neuen Eigentümers vor. Anstelle des Rössle-Gebäudes soll, wie berichtet, ein neues Gebäude mit 17 barrierefreien Eigentumswohnungen, einer

Tiefgarage und einem Geschäft für eine Metzgerei entstehen. Nun folgte eine überraschende Wende im Gemeinderat nach Beratung im Bauausschuss.

Denn nachdem sowohl die [CSU](#) als auch die Fraktion von SPD und Grüne erhebliche Bedenken angemeldet hatten, die Freien Wähler aber keinen Grund sahen, das Bauprojekt abzulehnen, wurde die Entscheidung auf die Sitzung am 22. Januar vertagt. Bis dahin sollen beim Landratsamt die rechtlichen Grundlagen abgeklopft werden. Das brisante Thema stieß auf großes Interesse bei den vielen Bürgern, die zur Sitzung gekommen waren.

Die Vorstellungen des Bauträgers und die Planungen von Architekt Volker Schafitel waren mehrmals im Bauausschuss diskutiert und „positiv bewertet“ worden, erläuterte Bauamtsleiter Peter Dehling vorab. Doch aufgrund der sensiblen Lage mitten im Ort sollte sich der Gemeinderat mit dem Thema befassen.

Während beim geplanten Neubau die Baugrenze im Süden eingehalten werde, werde sie im Norden – also zur Hauptstraße hin – um 16 bis 17 Meter überschritten, so Dehling. Der jetzt bestehende freie Platz vor dem Rössle-Gebäude wird rund zur Hälfte überbaut – bis hin zum jetzigen Grünstreifen des Parkplatzes, der Rest bleibt frei – denn hier erfolgt auch die Ein- und Ausfahrt zur Tiefgarage mit den 28 Stellplätzen. Der Bauwerber benötigt für sein Vorhaben mehrere Befreiungen, die aber „aus Sicht der Verwaltung städtebaulich vertretbar“ seien, schloss Peter Dehling.

Die CSU-Fraktion war jedoch anderer Meinung. Diese verlas Fraktionschefin Ulrike Steinbock als gemeinsame Stellungnahme, um „Angriffe auf einzelne Personen zu vermeiden“. Steinbock führte die erhebliche Überschreitung der Baulinie und die verschärfte Verkehrssituation ins Feld. Sie hoffte auf eine Lösung, die dem Investor und der Verkehrssicherheit entgegenkomme. Das sah auch Peter Eisenberger, einziger Gemeinderat der Grünen, so. Es bestehe keine Eile, das Bauvorhaben ohne gründliche Diskussion und ohne Einbeziehung der Bürger „durch den Gemeinderat zu jagen.“ Die Baudichte sei zu hoch, die Ortsmitte würde von der Optik her nachhaltig verändert.

„Wir haben unsere Aufgabe als Gemeinde nicht gemacht“, resümierte Maria Hackl (SPD) kritisch. Der Gemeinderat hätte vorher deutlich markieren müssen, wie wichtig der Platz im Zentrum für [Aystetten](#) sei. „Aber das haben wir verpennt.“ Die Freien Wähler hingegen hatten keine Einwände gegen die geplante Bebauung. Der jetzige Zustand sei untragbar, betonte Fraktionsvorsitzender Peter Hartung.

Der Gemeinderat habe zu prüfen, ob die Festsetzungen des Bebauungsplans eingehalten werden, die Grundzüge der Planung berührt würden und die rechtlichen Voraussetzungen für die Befreiungen vorliegen, betonte Gemeinderat Axel Weisbach (CSU). Weisbach erinnerte an ein Bauvorhaben auf dem

Nachbargrundstück, bei dem der Gemeinderat vor wenigen Monaten auf die Einhaltung der Baulinien bestanden hatte. Weisbach schlug eine Änderung des Bebauungsplans vor, denn hier könne auch die Bevölkerung mit einbezogen werden. „Das ist der richtige Weg, nicht die Befreiung.“ Aus seiner Sicht sei es rechtswidrig, dem Bauvorhaben das Einvernehmen zu erteilen. Der CSU-Mann forderte in einem Antrag zur Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über das Projekt.

So weit kam es aber nicht. Nach kurzem Kontakt zwischen Wendel und dem Zweitem Bürgermeister Peter Bahner wurde die Sitzung zur Beratung unterbrochen. Danach stellte Peter Hartung für die Freien Wähler den Antrag, das Thema auf die Januarsitzung zu verschieben. Bis dahin solle das Landratsamt die rechtliche Situation klären.